

Stellungnahme
der Pfarrgemeinderäte in Düsseldorf
zum Münchner Missbrauchsgutachten und zur ARD-Dokumentation „Wie Gott uns schuf“

Das am 20. Januar 2022 veröffentlichte Gutachten über „Sexuellen Missbrauch Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener durch Kleriker sowie hauptamtliche Bedienstete im Bereich der Erzdiözese München und Freising im Zeitraum 1945 bis 2019“ wurde sowohl von den Gutachter*innen als auch von der Öffentlichkeit als eine „Bilanz des Schreckens“ und eine „Bankrotterklärung für die kirchliche Missbrauchsaufarbeitung“ wahrgenommen.

Nicht einmal eine Woche später, am 24. Januar 2022 zeigte die ARD die Filmdokumentation „Wie Gott uns schuf – out in church. Für eine Kirche ohne Angst“, in der queere Mitarbeiter*innen der katholischen Kirche Gesicht zeigten und in bewegender und eindringlicher Weise über die Verletzungen berichteten, die Ihnen durch die Kirche angetan wurden.

Wir, Mitglieder der Pfarrgemeinderäte im Raum Düsseldorf, sind tief betroffen und fassungslos über das Ausmaß an Schuld, das unsere Kirche auf sich geladen hat und immer noch auf sich lädt. Menschen werden aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung oder ihres Geschlechts diskriminiert, Kinder und Jugendliche wurden und werden spirituell und körperlich missbraucht, Betroffene von Missbrauch werden nicht ernst genommen, Taten wurden und werden vertuscht.

Nicht nur im Erzbistum München und Freising, sondern überall im kirchlichen Umfeld leugnen immer noch Verantwortungsträger ihre Verantwortung an den Missbrauchstaten. Immer noch versuchen sie, die Institution Kirche zu schützen und ihre eigene Position zu retten und halten so an der Unmenschlichkeit des Systems Kirche fest.

Wir fordern, dass sich die Verantwortungsträger endlich ihrer Verantwortung stellen. Bloße Entschuldigungen reichen nicht mehr aus. Es braucht dringend eine Reform des Kirchenrechts, die einhergeht mit einer Reform des gesamten hierarchischen Systems der Kirche, das Missbrauch und Diskriminierung von Menschen erst möglich macht.

Die katholische Kirche als Arbeitgeber ist gefordert, ihre Mitarbeiter menschlich und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen auszuwählen und zu behandeln und nicht an moralischen Maßstäben zu messen, die sie selbst nicht einzuhalten bereit ist.

Es muss sichergestellt werden, dass Missbrauch verhindert wird, Betroffene von Missbrauch müssen angemessen finanziell unterstützt werden und unabhängige Beratungsstellen müssen eingerichtet werden.

Den vielen leeren Worten der Vergangenheit müssen nun echte Taten des grundsätzlichen Wandels in Richtung auf eine zukunftsfähige und den Menschen zugewandte Kirche folgen. Sonst wird Kirche gesellschaftlich bedeutungslos und gefährdet ihre Existenzberechtigung. Das würde nicht nur unsere Arbeit für diese, unsere Kirche ad absurdum führen, sondern wäre auch ein weiterer massiver Verrat an der Botschaft Jesu.

Unsere Hoffnung: Der synodale Weg muss die Wende bringen, konkret und jetzt!